

Diese Fälle sind die Härte

Kirchenasyl hat kaum noch Aussicht auf Erfolg, der staatliche Druck auf Gemeinden wächst.

So fasst Markus Drescher in der Tageszeitung *neues deutschland* vom 8. Oktober 2019 die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion im deutschen Bundestag zusammen. Endeten in den Jahren 2015 und 2016 noch rund 80% aller Fälle von Kirchenasyl erfolgreich, so sind es heute nur noch zwei Prozent. Insbesondere in sogenannten Dublin-Verfahren zieht das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Dauerschrauben an. Dabei geht es darum, dass Menschen in andere Länder des Dublin-Abkommens abgeschoben werden, wenn sie dort auf ihrer Flucht erstmalig erstmalig erkenntnisdienstlich behandelt worden sind bzw. einen Asylantrag gestellt haben.

Auch im Landkreis Marburg-Biedenkopf haben wir mit der Verschärfung dieser Sorte Abschiebungen Erfahrung. So wurde im Sommer ein junger Eritreer bei einem Behördentermin verhaftet, in Abschiebehäft genommen und in die Schweiz abgeschoben. Er hatte in Eritrea den dort oft lebenslangen Militärdienst verweigert. Im droht die Todesstrafe. Die Schweiz schiebt häufiger nach Eritrea ab als Deutschland. Aller Einsatz der Gladenbacher Flüchtlingsinitiative für den jungen Mann nützte nichts.

Wegen seines Einsatzes für Kirchenasyl steht im bayerischen Sonthofen derzeit ein evangelischer Pfarrer vor Gericht. Im rheinland-pfälzischen Rhein-Hunsrück-Kreis waren zu Beginn des Jahres Gemeinderäume und private Büros von fünf evangelischen Geistlichen auf Anordnung der Staatsanwaltschaft wegen Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt durchsucht worden.



Die Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche hat sich jetzt in einem offenen Brief an Bundesinnenminister Horst Seehofer gegen die Verschärfung der Asylpolitik verwahrt und auf die sorgfältig abgewogene Gewissensentscheidung betroffener Kirchengemeinden hingewiesen. Wer mehr über Kirchenasyl wissen will, findet Informationen auf den Seiten der [Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche](#).

Unten ist der zitierte Artikel von Markus Drescher in der Tageszeitung *neues deutschland* vom 8. Oktober 2019 dokumentiert.

NACHRICHTEN

Diese Fälle sind die Härte

Kirchenasyl hat kaum noch Aussicht auf Erfolg, der staatliche Druck auf Gemeinden wächst

Auschwitz Komitee verurteilt Schändung von Denkmal für NSU-Opfer

Berlin. Das Internationale Auschwitz Komitee verurteilt die wiederholte Schändung des Mahnmals für die Opfer der rechtsextremen Terrorzelle NSU in Zwickau. Auschwitz-Überlebende seien tief besorgt über die zunehmende gezielte Zerstörungswut der rechtsextremen Szene in Deutschland, die immer wieder versuche, Erinnerungsorte für Opfer rechtsextremem Hasses aus dem öffentlichen Raum zu entfernen, so das Komitee am Montag in Berlin. Unbekannte hatten in der Nacht zu Sonntag eine am Freitag aufgestellte Holzbank mit einer Inschrift zum Gedenken an die NSU-Opfer zerstört. Am Freitag wurde ein ebenfalls zum Gedenken gepflanzter Baum abgesägt. Die Eiche sollte an das erste NSU-Opfer Enver Simsek erinnern. Laut Polizeidirektion Zwickau vom Montag gibt es keine neuen Erkenntnisse zu den Tätern. *dpa/nd*

Zentralrat der Juden empört über Freilassung

Berlin. Der Zentralrat der Juden hat die Freilassung eines mit einem Messer bewaffneten Mannes nach einem Zwischenfall vor einer Berliner Synagoge am Freitag scharf kritisiert. »Die rasche Freilassung des Täters ist unfassbar«, erklärte Präsident Josef Schuster am Montag in Berlin. Er warf der Staatsanwaltschaft vor, »fahrlässig mit einem Anschlagversuch auf eine Synagoge umgegangen« zu sein. An der Synagoge in der Oranienburger Straße hatte laut Polizei ein 23-Jähriger am Freitag die Absperrung überstiegen und war mit einem Messer auf die Mitarbeiter des Objektschutzes zugelaufen. Mithilfe von Reizstoff wurde er den Angaben zufolge überwältigt und festgenommen. *epd/nd*

»Revolution Chemnitz«: Ermittler in Zeugenstand

Dresden. Im Prozess gegen die rechtsextremistische Gruppe »Revolution Chemnitz« sollten noch am Montag zwei Ermittler in den Zeugenstand. Zum Auftakt des zweiten Verhandlungstages ging es darum, ob frühere Vernehmungen eines 29-jährigen Angeklagten rechts waren. Seine Verteidiger hielten sie für unzulässig, weil kein Anwalt zugegen war und beim ersten Termin die lange nächtliche Befragung ihren Mandaten ermüdet habe. Im Verfahren sind acht Männer im Alter von 21 bis 32 Jahren wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung angeklagt, fünf von ihnen zudem wegen schweren Landfriedensbruchs und einer auch wegen gefährlicher Körperverletzung. *dpa/nd*

Höcke-Absage sorgt für teils weiße Zeitungsseite

Erfurt. Als Reaktion auf ein abgelesenes Interview mit Thüringens AfD-Spitzenkandidaten Björn Höcke hat die »Thüringer Allgemeine« eine teils weiße Seite veröffentlicht. »Der bereits fest geplante Termin für das Gespräch und die Aufzeichnung eines Podcasts wurden ohne Begründung per E-Mail abgesagt«, so das Blatt am Montag. Der Raum, auf dem das Interview hätte erscheinen sollen, blieb frei. Die Zeitung hatte bereits Interviews mit Spitzenkandidaten anderer Parteien gedruckt – und ungeschnitten als Podcast ins Internet gestellt. »Da wir allen Parteien und Spitzenkandidaten der im Landtag vertretenen Parteien plus der FDP den gleichen Platz für Interviews und die gleiche Aufmerksamkeit einräumen, bleibt der für Björn Höcke eingeplante Raum leer«, schrieb Chefredakteur Jan Hollitzer. *dpa/nd*

Kirchengemeinden gewähren in besonderen Härtefällen Kirchenasyl. Früher mit guten Chancen für die Betroffenen auf einen positiven Ausgang. Das hat sich jedoch drastisch geändert.

Von Markus Drescher

»Wir wissen zurzeit von 431 aktiven Kirchenasylen mit mindestens 685 Personen, davon sind etwa 149 Kinder. 410 der Kirchenasyle sind sogenannte Dublin-Fälle«, heißt es im September-Newsletter der Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche. Hinter diesen nackten Zahlen verbergen sich menschliche Schicksale, die Gemeinden davon überzeugt haben, den Betroffenen Kirchenasyl zu gewähren – dessen Aussicht auf Erfolg allerdings immer geringer wird.

Nur noch zwei Prozent erfolgreich
Dies zeigt die Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag. Demnach hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in diesem Jahr bis Ende August nur in fünf Fällen die Zuständigkeit Deutschlands nachträglich anerkannt. In 292 Fällen blieb es bei einer Ablehnung. In 304 Fällen der 441 bis Ende August gemeldeten Kirchenasylen waren Dossiers eingereicht – Voraussetzung dafür, dass das Bundesamt die Fälle noch einmal prüft, bei denen Kirchengemeinden humanitäre Härten geltend machen wollen. Die Mehrheit der Fälle sind sogenannte Dublin-Verfahren, bei denen die Betroffenen in ein anderes EU-Land abgeschoben werden sollen, das eigentlich für das Asylverfahren zuständig ist.

Laut Linkspartei lag in den Jahren 2015/2016 die Erfolgsquote beim Kirchenasyl noch bei rund 80 Prozent und sei nun auf gerade einmal zwei Prozent gesunken. Es falle auf, dass nach der Übernahme der BAMF-Leitung durch Hans-Eckhard Sommer bei Dublin-Verfahren »ein schärferer



Geflüchtete in der St. Thomas-Kirche in Berlin-Kreuzberg

Foto: epd/Christian-Ditsch

Wind weht«, so Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag. Sommer leitet das Bundesamt seit 2018.

Brief an Innenminister Seehofer
Auch die Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche hat vor Kurzem bereits auf den dramatischen Rückgang

der für Asylsuchende positiven Entscheidung in einem Offenen Brief an Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hingewiesen. Kirchenasyl beruhe »auf einer sorgfältig abgewogenen Gewissensentscheidung der Verantwortlichen in Kirchengemeinden«. Leitend sei dabei das Bestreben, mit den zuständigen Behörden

einvernehmlich zu einer Lösung zu kommen. »Positive Voten aus dem BAMF gibt es allerdings seit August 2018 so gut wie nicht mehr«, heißt es in dem Schreiben. Und auch für die Arbeitsgemeinschaft stecken hinter dieser Entwicklung der neue Behördenchef und politische Vorgaben. »Herr Dr. Sommer äußerte beim

Flüchtlingsschutzsymposium in Berlin Ende Juni gar die Auffassung, es gäbe jenseits der vom BAMF unmittelbar identifizierten Härtefälle keine weiteren, insofern sei das Kirchenasyl überflüssig«, kritisiert die Arbeitsgemeinschaft. Weitere Äußerungen aus der Behörde hätten zudem unmissverständlich klargestellt, dass die Ablehnungen der Härtefalldossiers auf politischen Vorgaben beruhten. »Solche Äußerungen empören uns in Kenntnis der Situation vieler Menschen und sind nicht hinnehmbar angesichts der BAMF-Praxis: Selbst hoch suizidale Menschen, Opfer von Menschenhandel oder demente Senioren mit nahen Angehörigen in Deutschland werden nicht mehr als besondere Härtefälle anerkannt.«

Prozess gegen Pfarrer

Doch nicht nur durch die Behördenpraxis des BAMF wird das Kirchenasyl zusehends ausgehöhlt, auch die staatliche Repression gegen die gewährenden Kirchengemeinden und Geistlichen nimmt zu. So musste sich Mitte September der evangelische Pfarrer Ulrich Gampert wegen der Gewährung von Kirchenasyl vor dem Amtsgericht Sonthofen verantworten, zuvor hatte er Einspruch gegen einen Strafbefehl gegen ihn eingelegt. Das Verfahren mit dem Vorwurf der Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt wurde gegen eine Geldbuße in Höhe von 3000 Euro eingestellt. Es war der erste Fall bundesweit, in dem ein Pfarrer rechtlich belangt worden war, weil er einem Flüchtling Kirchenasyl gewährt hatte.

Zu Beginn des Jahres hatte zudem schon ein Fall im rheinland-pfälzischen Rhein-Hunsrück-Kreis für Aufsehen gesorgt. Dort waren Gemeinderäume und private Büros von fünf evangelischen Geistlichen aufgrund staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen ebenfalls wegen Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt durchsucht worden. *Mit Agenturen*

Geschichtsvergessenheit und Verdrängung stärken die AfD

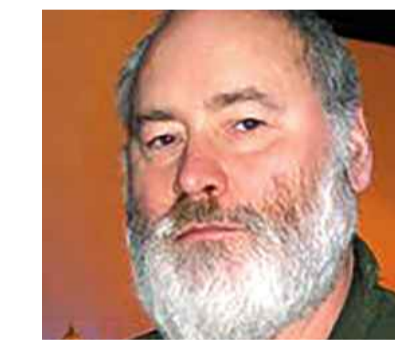
Der linke DDR-Oppositionelle Thomas Klein über Versuche der Rechtsaußenpartei, sich als Vollenderin der Revolution zu inszenieren

Sie waren 1989 Mitbegründer der oppositionellen »Initiative Vereinigte Linke«. Heute beansprucht die AfD das Erbe der Herbstrevolution für sich. Eine Instrumentalisierung der Geschichte?

Neuerdings tritt die AfD nicht nur mit dem Anspruch auf, die Erbin der Herbstrevolution 1989 in der DDR zu sein – sie sieht sich sogar als ihre Vollenderin. Gegen diese Erbschleichelei wehrt sich jedoch eine große Zahl ehemaliger DDR-Herbstrevolutionäre. Sie wehren sich zu Recht. Ihre Erklärung »Nicht mit uns« vom 20. August zeigt klare Kante gegen die AfD. Es gibt jedoch ein großes Aber: Die ehemaligen Herbstrevolutionäre schreiben in besagter Erklärung: »Mit der Wiedervereinigung erfüllen sich die Ziele der Revolution: Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, offene Grenzen, ein geeintes Europa und Wahrung der Menschenrechte [...] Das ist bereits unser Land.«

Wie überzeugend ist diese Argumentation der AfD?

Um der AfD zu begegnen, sind solche verfälschenden Aussagen über die gegenwärtigen Zustände in Deutschland und Europa, über die »Zielverwirklichungsquote« der DDR-Opposition sowie das affirmative Bekenntnis zur deutschen Staatsraison wirkungslos. Bereits 1999 behauptete Joachim Gauck, nun wäre in Deutschland das erreicht, wofür die Bürgerbewegungen des Herbstes 1989 gekämpft hatten. Er musste sich damals von einer Handvoll Beteiligten daran erinnern lassen, was zum Thema Geheimdienste, Militärallianzen und Flüchtlingen



Thomas Klein, Jahrgang 1948, ist DDR-Oppositioneller, Historiker und Mathematiker. 1989 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der Bürgerbewegung »Initiative Vereinigte Linke«. Diese versuchte, die linke antistalinistische Opposition zu vereinigen. Mit Klein, in der DDR von Berufsverbot und politischer Haftstrafe betroffen, sprach Sebastian Bähr.

Foto: Ch. Links Verlag

politik von der Opposition gefordert wurde, was die Sozialcharta und der Verfassungsentwurf des Runden Tisches auswies und dass davon so gut wie nichts übrig blieb.

Und trotzdem beruft sich die AfD auf 1989. Was wollte die damalige Opposition der DDR?

Die politisch-alternativen Gruppen der 1980er Jahre opponierten gegen die SED-Politbürokratie für die Herstellung von Presse-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit innerhalb eines Prozesses umfassender Demokratisierung und Ökologisierung der Gesellschaft. Sie standen ein für die Solidarität mit der Zweidrittel-Welt. Die aus der DDR-Opposition der 1980er Jahre hervorgehenden neuen politischen Vereinigungen haben sich im Herbst 1989 mehrheitlich für einen wirklich demokratischen Sozialismus ausgesprochen. Darauf beruft sich die AfD nun wirklich nicht – und kann es auch nicht mit ihrer Agenda gegen ein »versifftes links-rot-grünes 68er-Deutschland.«

Auf welche Erfahrungen bezieht sich dann die AfD?

Bereits Mitte November 1989, als das Demonstrieren ungefährlich geworden war, begann sich die Zusammensetzung der Massendemonstrationen merklich zu ändern: Erste patriotisch-nationalistische Losungen und rassistische Hassparolen waren zu hören. Mit dem Versagen der Bürgerbewegungen, ihrer opportunistischen »Wende in der Wende« und dem verhängnisvollen Taktieren der Modrow-Regierung wurde die Wiedervereinigung zu den Bedingungen des Westens sichtbar unaufhaltsam.

Das Flaggschiff des Anschlusses hieß damals »Allianz für Deutschland«. Auf die Idee, diese von der CDU-West kommandierte Allianz »AfD« zu nennen, ist damals niemand gekommen. Die »Vollendung der Einheit« war ab 1991 in ganz Deutschland von einer Kette fremdenfeindlicher und rassistischer Pogrome begleitet, die den Anstoß zu einer seither fortlaufenden Aushöhlung der deutschen Asylgesetzgebung durch die Regie-

rungsparteien gaben. Jene gesamtdeutsche Minderheit, die – verstärkt seit 2015 – ihre fremdenfeindlichen Einstellungen im Zuge dieses Trends verfestigte, ist die eine Quelle des Zusporns für die AfD.

Wie lässt sich die heutige Zustimmung zur AfD insbesondere in Ostdeutschland erklären?

Monokausale Erklärungsversuche schlagen fehl. Allerdings verdichtet sich die Lesart, im Osten würden Allianz-für-Deutschland-Wähler von 1990 heute als AfD-Protestwähler ihrer Enttäuschung über ausgebliebene Kohlsche Versprechungen Luft machen: Nachdem sie vergeblich auf Honeckers sozialpolitische Verheißungen warteten, sahen sie sich im ersehnten »Deutschland einig Vaterland« von Kohl getäuscht. Nachdem sie der SED und der CDU auf den Leim gegangen waren, wollen sie jetzt auf die AfD setzen.

Welche Rolle spielen hierbei die Erfahrungen der 1990er Jahre?

Inzwischen hört man selbst von den letzten staatsfrommen Schönrednern »blühender Landschaften«, dass da im Osten irgendwas »schief gelaufen« sei. »Schief gelaufen« ist aber gar nichts: Die Privatisierungs-Kahlschlag-Übernahme und Stilllegungsagenda der Treuhänder war die konsequente Umsetzung westdeutscher Kapitalinteressen. Vor dem Hintergrund der AfD-Wahlerfolge im Osten geraten nun die sozial- und gesellschaftspolitischen Verwerfungen des 30-jährigen kapitalistischen Rekonstruktionsprozesses wieder vermehrt in den Blick. Und

schon wird erneut der Osten als Treibsatz dieser politischen Strömung ausgemacht, obwohl bei der Bundestagswahl 2017 zwei Drittel aller AfD-Wähler in Westdeutschland zu Hause waren und auch das Führungspersonal dieser Partei vornehmlich von dort kommt. Aber vor dem Hintergrund der vergleichsweise hohen Stimmenanteile dieser Partei in Ostdeutschland wird in der Debatte um vermeintliche Frustrationen von Deindustrialisierungsoffern von manchen so getan, als ob neonazistische Neigungen oder rassistische Ausschreitungen die naturwüchsige Folge sozialen Abstiegs sein müssten. Diese Deutung ist mehr als fragwürdig.

Wieso gelingt es dann der AfD, diese Frustration aufzugreifen?

Die AfD hat den damaligen national-patriotischen Taumel in das national-kapitalistische Projekt eines völkischen Kapitalismus gewandelt. Ihre Demagogie speist sich dabei aus zwei Quellen: Zum Einen aus der Geschichtsvergessenheit hinsichtlich der wirklichen Attribute der »Oktoberrevolution« von 1989, woran bundesdeutsche Hofhistoriker und auch manche damalige Herbstrevolutionäre kräftig mitgewirkt haben. Zum Zweiten aus der Verdrängung und Beschönigung der Transformationsfolgen im Anschlussgebiet, welche die Regierungsparteien – darunter auch die PDS/Linkspartei – verantworten. Die AfD setzt auf die reaktionäre Kanalisierung dieser erlebten und in manchen Fällen nur eingefrorenen Widersprüche und Abwertungserfahrungen.